

Die Friedenspolitik Sowjetruhlands

Stalin ist die russisch-polnische Verständigung.

Warschau, 29. September. Tschitscherin erklärte heute polnischen Presseberichten, daß er über die Ergebnisse seines Warschauer Besuchs sehr zufrieden sei, denn durch unmittelbare Bildungsnahme mit Polen hätten sich verschiedene Meinungsverschiedenheiten beseitigt lassen. Es sei eine gesuchte Grundlage für kommende diplomatische Verhandlungen geschaffen worden, in denen das Ziel einer gegenseitigen Einigung erreicht werden soll. Er stellte ferner mit Genugtuung fest, daß die polnische Regierung und die polnische Presse keinen Besuch überaus freundlich aufgenommen hätten. Ausdrücklich hob er jedoch hervor, daß die polnisch-russische Annäherung und die Bevorzugung der bisherigen Gegenseite durchaus nicht irgend eine Sorge gegen einen anderen Staat habe. Der Rigaer Vertrag habe rechtliche Wirtschaftsfragen zwischen Polen und Russland allgemein, deren Regelung sowohl in Russland wie in Polen ein dringend notwendig empfunden wurde. Beide Staaten hätten unter diesen Wirtschaftsfragen in wirtschaftlicher Beziehung zu lieben gehabt. Seine Verhandlungen mit der polnischen Regierung hätten daher auch hauptsächlich Wirtschaftsfragen betroffen. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten habe immer im Vordergrunde gestanden. Russland habe durch seine großen Bestellungen bei der polnischen Industrie zu dieser wirtschaftlichen Annäherung den Grund gelegt und werde in diesem Sinne weiter fortfahren. Er würde den baldigen Abschluß eines Handelsvertrages mit Polen. Auf die Frage, wie Sowjetruhland sich zu den polnisch-litauischen Gegenseiten stelle, erklärte er, daß diese Fragen ohne Berücksichtigung einer dritten Macht gelöst werden mühten.

Zu dem Besuch Tschitscherins in Warschau schreibt die „Welt am Abend“ unter anderem folgendes:

Der Besuch des Vaters der russischen Außenpolitik in der Hauptstadt Polens ist von großer politischer Bedeutung. Die Sowjetregierung sucht ein freundliches Verhältnis zu ihrem polnischen Nachbar, sowie sie mit sämtlichen anderen schon im Interesse des russischen Wiederaufbaues eine Politik des Friedens betreibt. Die Regierung Polens, dessenigen europäischer Bundes, in dem der Chauvinismus die tollsten Blüten hervorbringt, hat der russischen Verständigungspolitik bisher im Vertrauen auf ihren französischen Bundesgenossen alle möglichen Schwierigkeiten bereitet. Heute, nach der russisch-französischen Verständigung, erklärt auch sie, daß Polen ohne ein freundliches Verhältnis mit Sowjetruhland nicht existieren kann. So ist es zu erklären, daß fast sämtliche polnischen Zeitungen Tschitscherins Besuch begrüßen und an ihre Hoffnungen für die Zukunft der polnisch-russischen Beziehungen trüpfen. Nur die Männer der polnischen Sozialdemokratie machen dabei eine Ausnahme. Die polnischen Sozialdemokraten leben scheinbar lieber einen neuen Krieg als ein freundliches Verhältnis mit der Sowjetrepublik. So äußert sich in Polen die sogenannte „Friedenspolitik“ der 2. Internationale.“

Tschitscherin in Berlin

Warschau, 29. September. Tschitscherin reist heute abends 8.30 Uhr mit dem Expresszettel Warschau—Paris ab und wird morgen um 11.30 Uhr vormittags in Berlin, Schlesischer Bahnhof, eintreffen.

Die Reise Tschitscherins nach Berlin wird von der gesamten bürgerlichen Presse stark kommentiert. Die sozialdemokratische Presse schreibt von einer Gegenaktion Sowjetruhlands gegen den Sicherheitspakt und verlangt von der Regierung, daß die Haftpolitik für die Sicherheit im Westen nicht aufgegeben werden dürfe, sondern bis zum „gedeckten Ende verfolgt werden muß. Die „Dresdner Neuesten Nachrichten“ schreiben von einem „warnenden Drang Russlands auf Berlin“ und von „großen Belohnungen in London“. Das gleiche Blatt bringt eine Meldung des „Daily Telegraph“, der vor einer Unterdrückung der Abhängen Moskaus, Berlin an der Verständigung mit den Westmächten zu verhindern, dringend warnt.

Der Reparationsagent und die Preisabbauoption der Luther-Regierung

Die führende englische Wirtschaftszeitung „Economist“ veröffentlicht in ihrer letzten Nummer einen auffälligen Artikel, betitelt „Die deutschen Reparationsgelder und die Reichsbank“. Der Artikel beschäftigt sich mit der Aktion der Luther-Regierung zur Herabsetzung der Bankzinsen in Deutschland. Es wird vor allem darauf hingewiesen, daß die Luther-Regierung den Zinsatz für die öffentlichen Gelder, die sie den Banken zur Verfügung stellt, von 9 auf 7% Prozent herabgesetzt. Auf diese Weise wollte die Luther-Regierung die Banken nötigen, auch ihrerseits den Zinsfuß abzubauen.

Der „Economist“ erklärt nun, daß die gegenwärtige deutsche Geldsituation vom Standpunkt des Dawesplanes aus zu ernststen Bedenken Anlaß gibt. Der Dawesplan mönche, daß das deutsche Geldwesen und der Zinsfuß von der Reichsbank kontrolliert wird. In der Leitung der Reichsbank stehe Vertreter des ausländischen Kapitals, um die Interessen der Reparationsgläubiger wahrzunehmen. Wenn nun die deutsche Regierung große Steuerüberschüsse aufzähle, und mit diesen Geldern selbständig auf den Kapitalmarkt auflaucht, und selbständig die Zinspolitik der Banken beeinflusst, so sei dies ein Verstoß gegen den Geist des Dawesplanes. Die Regierung müsse vielmehr, wenn sie im Sinne des Dawesplanes verschaffen wolle, die Kontrolle über alle ihre Gelder, die für die Wirtschaft verfügbar sind, und über die Zinspolitik, der Reichsbank lassen.

Es ist durchaus möglich, daß dieser Artikel im „Economist“ aus der Umgebung des Reparationsagenten entstanden ist. Die Entwickelkapitalisten wollen auch die leiseste Regung einer deutschen Selbständigkeit auf dem Gebiet des Goldbeweises erwidern. Außerdem wollen die Entwickelkapitalisten nicht, daß Deutschland zu billig produziert, damit die deutsche Konkurrenz unangenehm bleibt. Eine Herabsetzung der Bankzinsen in Deutschland würde aber mindestens die Selbstkosten der deutschen Unternehmerschaft senken.

Es ist außerordentlich bemerkenswert, wie man von englischamerikanischer Seite aus den Dawesplan auszugehen versteht, um die volle Oberherrschaft über die deutsche Wirtschaft zu behaupten.

Der „Vorwärts“ mobilisiert die internationale Front der Menschheit

Zum Auftakt des englisch-russischen Einheitskomitees lädt sich der „Vorwärts“ von seinem Londoner Korrespondenten einen eigenen Redaktionssitz ein, in dem die Stellungnahme der Sozialdemokratie folgendermaßen präzisiert wird: Man wird dieses Dokument nicht ohne Beleidigung aus der Hand legen; es ist doch ein unüberleglicher Beweis dafür, wie völlig die Russen die englischen Mitglieder des Komitees in das Hand-

Unerhörte Gefängnisbarbarei in Sachsen

Arbeiter, erwinge die Freilassung der politischen Gefangenen! Protestiert gegen die Aufklappfahrt in Sachsen!

Arbeiter in Stadt und Land können die politischen Gefangenen vor dem Vergessen bewahren!

Ein Drama im Zuchthaus Waldheim

Der Verzweiflungsschrei: „Hilfe! Hilfe! Arbeiter, helft uns!“

In der Gefangenenaufzuchtanstalt in Waldheim i. Sa. haben sich am Sonntag den 20. September Vorgänge abgespielt, die die gesamte Öffentlichkeit alarmieren müssen. Bis heute ist es leider noch nicht gelungen, die Urteile und die wirklichen Vorhänge kennenzulernen. Aber daß in dieser Gefangenenaufzuchtanstalt Gefangene auf unmenschlichste Weise behandelt worden sind, geht aus folgender Mitteilung von Personen, die sich in der Nähe der Gefangenenaufzuchtanstalt befinden, hervor.

„Am Sonntag den 20. September, abends 8 Uhr muß in der Gefangenenaufzuchtanstalt Waldheim etwas ganz Ungeheuerliches vorgefallen sein. Aus dem Flügel,

wo sich die politischen Gefangenen befinden, erklangen ganz plötzlich schreckliche Hilferufe.

Die im Restaurant „Schweizerhof“, circa 300 Meter von der Gefangenenaufzucht entfernt, gehörte wurden. Der Bewohner Waldheims, die in der Nähe der Gefangenenaufzucht wohnen, bemächtigte sich eine große Unruhe, und sie erklärten übereinstimmend, daß sie

„so etwas Hörbares noch nicht erlebt hatten“

Immer wieder erklangen die Rufe: „Hilfe! Hilfe! Arbeiter, helft uns!“ Dazu hörte man das jähne Knallen der Waffe: „Das löst ihr uns büßen, ihr Hunde!“ Bezeichnend ist, daß nach den ersten Hilferufen sämtliche Lichter in der Anstalt gelöscht wurden, nur das unheimliche Ausblitzen der Taschenlampen der Wärter konnte beobachtet werden. Aus allen Zellen erklangen Hilferufe bis gegen 11 Uhr abends, also solle drei Stunden. Es müssen die Gefangenen mißhandelt worden sein, sonst sind uns die Hilferufe der Gefangenen unverständlich. Die Gefangenen riefen:

„Arbeiter, erzählt es überall, daß man einen unserer Brüder an Händen und Füßen schwer gefesselt in die Strafzelle bringt!“

Im Zuchthaus Groß-Strelitz ist seit bereits mehreren Tagen der Genosse Högl in den Hungerstreik getreten. Aus allen deutschen Gefangenenaufzuchten kommen Meldungen, daß man die politischen Gefangenen aufs rigorosste bestimmt. Die Gefangenenaufzuchten liegen in einer Linie mit jenen Gewaltaten des weissen Terrors, den jetzt die Horthy-Banditen in Budapest gegen revolutionäre Arbeiter und die, die die Janosch-Kriegsregierung in Ungarn gegen wehrlose Frauen und Kinder ausübt.

Wie lange sollen diese Grauel noch dauern? Die deutsche Arbeiterschaft muß in mächtigen Protestaktionen den Kampf gegen den weissen Terror und die Gefangenenaufzuchten aufnehmen! Es gilt, die Gewerkschaften und die Betriebe zu mobilisieren, durch den einheitlichen und gleichsinnigen Kampf aller

gehobt haben müssen, um ihnen die Annahme eines solchen Planfeinds zuzuwenden zu können. Die Analogie der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation ist zufällig, die Hineinziehung des Dawesplanes ist zufällig, zufällig ist die Formulierung über den Sicherheitspakt im Wege als militärische Allianz gegen Russland und zufällig ist zufällig die mit der Realität in keiner Beziehung stehende Schilderung des Chaos, das die russisch-englischen Beziehungen angeblich unter der Arbeiterschaft der ganzen Welt gefunden haben. Es ist schon ein hartes Stück, lediglich begeisterte Zustimmungen herzuholen, diese als einen unumstößlichen Beweis für die Nichtigkeit des eingeklagenen Weges zu nennen und kein Sterbenowksi davon verlauten zu lassen, daß Millionen organisierten europäischen Gewerkschaften diesen Einigungsvorhandlungen mit einer Niedigung aus Unzulänglichkeit und Unfähigkeit zusehen und dazu nur geschwirigen haben, weil sie vermeiden wollten, daß ihr Protest non det britischen Bourgeoisie gegen die englische Arbeiterschaft ausgespielt werden könnte.

Mit dem neuesten Dokument aber haben sich die britischen Gewerkschaftsvertreter von den Russen in eine Stellung hineinmanövriert, die es der internationalen Gewerkschaftsbewegung unmöglich machen sollte, länger zu schwärmen. Es ist nunmehr Zeit, daß von den übrigen in der Amsterdamer Internationale organisierten Gewerkschaften die abweichende Stellungnahme mit allem Nachdruck ausgesprochen wird: denn man wird mit guten Gründen annehmen können, daß sich die Mitglieder der britischen Gewerkschafts-Exekutive überhaupt nicht mehr bewußt sind, wie weit sie sich bereits von ihren Kollegen auf dem Festland um ihrer Freundschaft mit den Russen willen entfernt haben.

Das SPD-Kapitel fordert die Arbeiter des Festlandes gegen die englischen Arbeiter, die nicht wie der „Vorwärts“ eine Einheitsfront mit der Bourgeoisie, sondern mit den Arbeitern bestreben, zum Kampf auf. Die deutschen Sozialdemokratie sind sich ihrer Rolle als Helfer der Kapitalisten wohl bewußt, deswegen stehen sie im Vorhertreffen des Kampfes gegen die internationale Gewerkschaftseinheit. Die Rote Partei Polens folgt den Spuren des „Vorwärts“ und verzögert die Einheitsfront. Die Arbeiter werden an diesem Vorgehen die Rolle der internationa-ler Menschenwirten nur um so schneller erkennen und sich von den verräterischen menschheitsfeindlichen Führern loslösen.

Die Erwerbslosigkeit steigt

Weitere Steigerung um 3 Prozent in 14 Tagen.

Berlin, 28. Sept. (WFB). In der Zeit von Anfang bis Mitte September 1925 ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 231 000 auf 231 000, d. h. um rund 3 Prozent gestiegen. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 209 000 auf 229 000 erhöht. Die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger hat sich nicht wesentlich geändert. Die Zahl der Zulagsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 287 000 auf 305 000 gestiegen.

Eine furchtbare Statistik der bulgarischen Henkerjustiz

W. Einen wie ungeheuerlichen Umsatz die Henkerjustiz nach dem Kathedralestentat angenommen hat, zeigen die folgenden Zahlen, die aus den bürgerlichen Zeitungen über die Prozeßlage in Bulgarien entnommen wurden. Sie beziehen sich auf

Die Landtagsfraktion der KPD hat an die ländliche Regierung, in der in der Mehrheit Sozialdemokraten sind, wegen dieses unerhörten Vorfalls die Anfrage gerichtet, ob sie diesen neuzeitlichen Standort aus dem Zuchthaus Waldheim untersucht hat und dem Landtag sofort Ausschluß geben will.

Wir fragen hier die Regierung: Waren die Vorfälle eine brutale und gemeine Racheaktion wegen der in der „Arbeiterstimme“ enthaltenen Veröffentlichungen über die „Kartothöhle“? Wir werden nicht nachlassen, bis wir auch diesen neuen Schandstreich erfahren und die gesamte Arbeiterschaft gegen das Wüten der entmenschten Beamten mobil gemacht haben.

Zu Tode gequält!

Seit November 1924 wird die 85 Jahre alte greile Mutter Anna Kornwest aus Chemnitz als politische Gefangene in der Unterluchungshaft im Unterluchungsgefängnis in Chemnitz festgehalten. Wie Schluß des Verleidigers Dr. Meyer, Chemnitz, die alte Frau aus der Hölle zu entführen, wurde abgelehnt. Was die alte Frau für schreckliche Umlaufspläne begangen haben soll, ist uns und jedenfalls auch der Unterluchungshaft noch unbekannt.

Heute erhalten wir die Mitteilung, daß die alte Frau Kornwest in ihrer Gefangenenschaft gefordert ist. Es ist uns bekannt, daß Frau Kornwest vor 14 Tagen so schwach war, daß sie nicht mehr gehen konnte. Sie klagte über heilige Schmerzen in der Herzgegend. Trotz dieses Zustandes wurde sie seiner Heilanstalt zugeführt, jedenfalls glaubten die Richter, sowie der Arzt, daß eine totkrone Frau noch fliehen könnte, deshalb mußte sie im Gefängnis bleiben und dort sterben.

Den Gefangenenaufzuchten möchten wir bei dieser Gelegenheit in aller Offenheit fragen: Sind ihm die Zuhände auf dem Käfigberg darum? Herr Joseph Siegnoth, der Vorsitzende des Gefangenenaufzuchts, scheint sich sehr wenig um die Gefangenen zu kümmern, denn alle politischen Gefangenen erschüttern überzeugend, daß sie einen Gefangenenaufzuchten noch nicht gelehnt haben.

Die gesamte Arbeiterschaft muß gegen die Willkür der Klassenjustiz und ihrer Helferhölzer Protest erheben und eine sofortige Unterluchung fordern, damit die Schuldigen an dem Tode der Frau Kornwest zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Klassenjustiz rächt sich jurchbar am Proletariat. Eine alte Frau, fast ein Jahr lang in Unterluchungshaft festgehalten, bis sie zusammenbrach, ist eine Folter, wie sie schlimmer das Mittelalter nicht ausdenken konnte.

Die Arbeiterschaft wird diese Schmach nicht vergessen! —

die Monate Mai bis Mitte August, wobei die Daten für die Monate Mai und Juni bei weitem nicht vollständig sind:

Es ergibt sich nach dieser bürgerlichen Blättern entnommenen Statistik:

Zahl der Prozeße	81
Anzahl der Angeklagten	337
Anzahl der Verurteilten	311
Davon zum Tode verurteilt	124
Lebenslänglicher schwerer Kerker	57
Zu schwerem Kerker, insgesamt Jahre	397,5
Freigesprochen	135

Für 30 Prozeße stehen die Zahlen noch aus (darunter befinden sich einige der größten unter den bisher eingeleiteten Monatsprozeßen, so z. B. die beiden Prozeße von Schmia mit je 400 Angeklagten, der Prozeß von Lom mit 120, der von Ruse mit 181, der vom Bezirk Hoskovo mit 300 Angeklagten usw.). Für die meisten Angeklagten wird die Todesstrafe verlangt.

Es besteht kein einziger Tag, an dem nicht ein politischer Prozeß stattfindet. Die Zahl der Angeklagten erhält sich ununterbrochen. Die gefallenen Urteile werden immer willkürlicher. Nach den letzten amtlichen Nachrichten beträgt die Zahl der bereits zum Tode Verurteilten 240–300. Diese schreckliche Zahl von Todesurteilen beleuchtet die „normalen“ Verhältnisse, die nach Auflösung der in der letzten Zeit in Russland weisenden Republikskommunisten in Bulgarien herrschen, um deutlichsten.

Die willkürlichen und unverantwortlichen Massenmorde, die ebenfalls ununterbrochen andauern, wurden in der letzten Zeit durch die „gelehrten“ Justizmorde ergänzt. Dadurch hat sich aber die barbarische Grausamkeit in Bulgarien nicht nur nicht gebebt, sondern sogar verschärft. Die oben angeführten Daten widerlegen vollständig die heuchlerischen und zynischen Behauptungen der bulgarischen Henkerregierung, daß es sich nur um ein „Häuslein vor Betrieben, Landesverrätern und Verschwörern“ handelt, die anhauernden Bluturteile und Worte der Todesurteile zeigen vielmehr, daß diese Bluturteile es sich zum Ziele gesetzt haben, die ganze Arbeiter- und Bauernbewegung sowie mit ihr symplizierenden physisch auszurotten. Das geht auch ganz klar aus folgender Meldung des Organs des Regierungsbüros „Demokratisches Sowjet“ vom 21. Juli hervor. Diese Meldung besagt:

„Wie ein Donner vom Hohen Himmel hat das heutige Urteil im Prozeß gegen drei Berthenen, darunter zwei Frauen, auf die Öffentlichkeit gewirkt. Beide Frauen, St. Popowa, Mutter des bekannten Kriegers Solcho Popow, und N. Elmajowa, beide Damen der höheren Gesellschaft, wurden auf Grund des Gesetzes zum Schutz des Staates nach § 13 zu lebenslänglicher schwerer Henkerstrafe verurteilt. Der dritte Angeklagte, L. Nikoloff, ein jugendlicher Student, wurde zum Tode durch den Strang am öffentlichen Platz verurteilt.“

Alle drei waren wegen des Verbrechens angestellt, dem bereits ermordete Rechtsanwalt und Abgeordneten des Bauernbundes, D. Gröncharoff, ihre Privatwohnung als Versteck bewußt zur Verfügung gestellt zu haben.“

Zeitkritisch-russische Wirtschaftsverhandlungen

Riga, 29. September. (Telunion.) Die Abfahrt der lettisch-russischen Wirtschaftsdelegation nach Moskau ist verschiedener Umstände wegen auf den 10. Oktober verlegt worden.